

«Die Corona-Tests kostenpflichtig zu machen, ist problematisch»

Chefin der Ethikkommission Andrea Büchler befürchtet, dass ärmeren Menschen der Zugang zum Covid-Zertifikat erschwert wird. Das sei problematisch, wenn gleichzeitig die Zertifikatspflicht ausgeweitet werde.

Fabian Renz und
Markus Brotschi

Frau Büchler, wir werden Restaurants, Kinos und Museen vielleicht bald nur noch mit Covid-Zertifikat besuchen dürfen. Was sagen Sie als Präsidentin der Ethikkommission zum Vorschlag des Bundesrats?

Ich kann die Überlegungen nachvollziehen, da wir uns in einer herausfordernden Situation befinden. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass eine Zertifikatspflicht einen Eingriff in die persönliche Freiheit und die Wirtschaftsfreiheit darstellt. Ein solcher Eingriff muss dem Prinzip der Verhältnismässigkeit genügen.

Und ist es verhältnismässig, Ungeimpfte und Ungetestete aus Restaurants auszuschliessen?

Es geht jetzt darum, die eingeführten Lockerungen abzusichern. Wenn die Alternative darin besteht, die Lockerungen wieder rückgängig zu machen, also Schliessungen anzuordnen oder Kapazitätsbeschränkungen einzuführen, dann ist die Zertifikatspflicht eine verhältnismässige Massnahme. Wichtig ist, dass sie zeitlich beschränkt bleibt und regelmässig evaluiert wird. Sie darf ausserdem Menschen nicht daran hindern, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, und ihre Grundrechte sind zu wahren. Diese Bedingungen scheinen mir beim bundesrätlichen Vorschlag erfüllt. Ich sehe aber auch einen heiklen Aspekt: Der Zugang zum Zertifikat muss für alle Menschen gewährleistet sein – auch für finanziell schlechtergestellte.

Sind Sie der Meinung, dass ärmeren Menschen der Zugang zum Covid-Zertifikat mit dem bundesrätlichen Vorschlag erschwert wird?

Der Bundesrat hat ja entschieden, die Corona-Tests kostenpflichtig zu machen. Ich finde dies in dieser allgemeinen Form und im Zusammenhang mit einer Ausweitung der Zertifikatspflicht problematisch. Wenn die Tests eine reale Alternative zur Impfung darstellen sollen, dann müssen sie für alle zugänglich sein.

Die Gegnerinnen und Gegner der Corona-Impfung lehnen die Zertifikatspflicht allerdings rundweg ab.

Die Rede ist dort von Ungleichbehandlung, von «Zweiklassengesellschaft», gar von «Faschismus».

Die letztere Ausdrucksweise ist im Mindesten unangebracht. Die Zertifikatspflicht soll dem Schutz der öffentlichen Gesundheit dienen, nämlich dazu, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Erhielten einzig Geimpfte ein Zertifikat, wäre dies aber problematisch. Das ist beim Vorschlag des Bundesrats nicht der Fall, das Zertifikat erlangt auch, wer sich testen lässt.



«Es gibt eine moralische Pflicht, auch die gesellschaftliche Dimension mitzubedenken», sagt Andrea Büchler. Foto: Urs Jaudas

«Eine reale Alternative zur Impfung muss für alle zugänglich sein.»

In Österreich wird diskutiert, den Zugang zu Restaurants und Freizeiteinrichtungen auf Geimpfte zu beschränken und Getestete auszuschliessen. Geht das zu weit?

Ja. Es mag spezielle Kontexte geben, in denen der Impfnachweis Sinn macht. Aber als generelle Massnahme für alle Menschen geht das meiner Meinung nach zu weit.

In Frankreich wiederum muss der «pass sanitaire»

das Gegenstück zu unserem Covid-Zertifikat, auch im öffentlichen Verkehr vorgewiesen werden. Was halten Sie davon?

Auch das ist aus meiner Sicht problematisch. Der öffentliche Verkehr gehört zur Grundversorgung.

In der Schweiz werden wegen der Delta-Variante des Coronavirus nun wieder Besuchsverbote in Kliniken und Heimen verhängt. Ist das ethisch vertretbar?

Die Nationale Ethikkommission hat sich in ihren Stellungnahmen zu solchen Einschränkungen immer sehr kritisch geäussert. Besuchsverbote treffen Menschen in höchst verletzlichen Situationen. Nun gibt es ja die Möglichkeit der Impfung und das Covid-Zertifikat. Wie man vor diesem Hintergrund noch allgemeine Besuchsverbote rechtfertigen will, ist mir nicht ganz klar.

Die Ethikkommission hat sich noch im Februar kritisch zur Ungleichbehandlung von Geimpften und Ungeimpften geäussert. Heute heissen Sie den Vorschlag des Bundesrats im Grossen und Ganzen gut. Ein Gesinnungswandel?

Dazu gibt es einiges zu sagen: Das gesamte Handeln unter den Bedingungen der Pandemie ist in ausgeprägtem Masse ein Handeln unter Unsicherheit und in einem sehr dynamischen Umfeld. Im Februar war die Ausgangslage eine ganz andere. Weder gab es ein Covid-Zertifikat noch die Delta-Variante. Nicht der 3G-Ansatz stand damals zur Diskussion, sondern nur der 2G-Ansatz, der Getestete ausgeschlossen hätte und deshalb wesentlich problematischer ist. Richtig ist allerdings, dass man die Wirkung all dieser Massnahmen gut beobachten und kritisch begleiten muss. Zudem setze ich immer noch grosse Hoffnungen

in eine hohe Impfquote. Eine rechtliche Impfpflicht darf es nicht geben. Aber es gibt wohl eine moralische Pflicht, bei der eigenen Impfscheidung auch die gesellschaftliche Dimension mitzubedenken.

Expertin für Medizinrecht

Seit fünf Jahren präsidiert Andrea Büchler die Nationale Ethikkommission, deren Einschätzungen in der Covid-Krise besonders gefragt sind. Hauptberuflich lehrt und forscht die 52-jährige St. Gallerin zum Privatrecht an der Universität Zürich. Dort gehört sie zu den erfahrensten Dozentinnen. Sie wurde bereits mit 33 Jahren Professorin. Vergangenes Jahr hat die Expertin für Familien- und Medizinrecht mit der Philosophin Barbara Bleisch das Buch «Kinder wollen» publiziert. Sie engagiert sich in Vereinen für die Rechte von Mädchen und Knaben. (tok)

An den Schulen steigt die Zahl der positiven Tests

«Together we test» In den Schweizer Schulhäusern grassiert das Coronavirus. Lag die Rate der positiven Corona-Pooltests, welche die Hirslanden-Gruppe mit ihrer Plattform «Together we test» auswertet, vor den Sommerferien bei 0,15 Prozent, so ist sie seit dem 16. August auf 2,02 Prozent gestiegen. Das ist mehr als der 13-Fache. Bei diesem Programm machen neun Kantone mit, darunter auch Zürich und Bern. Über 90 Prozent der Teilnehmenden sind Schulen.

Bei über 43'300 ausgewerteten Spucktest-Pools waren in den zwei Wochen vor den Ferien 64 positiv. Jetzt wurden knapp 31'000 Pools untersucht, und es waren 624 positiv, wie die Hirslanden-Gruppe gestern mitgeteilt hat. In einem gepoolten PCR-Speicheltest sind die Proben von bis zu zehn Schülerinnen und Schülern vereint. Die Zunahme der Positivitätsrate betrifft gemäss Mitteilung vor allem eine Altersgruppe, die grösstenteils noch nicht geimpft werden kann. Insgesamt sind bei «Together we test» 5400 Schulen, Betriebe und Gesundheitseinrichtungen dabei. (pu)

2763 neue Ansteckungen gemeldet

Corona In der Schweiz und in Liechtenstein wurden dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) gestern innerhalb von 24 Stunden 2763 neue Coronavirus-Ansteckungen gemeldet. Das BAG registrierte demnach auch acht neue Todesfälle und 79 Spitaleinweisungen innert 24 Stunden. Am gleichen Tag vor einer Woche waren es 2575 neue positive Fälle, 123 Spitaleinweisungen und sechs neue Todesfälle.

Die Auslastung der Intensivstationen in den Spitälern beträgt zurzeit 80,10 Prozent. 27,90 Prozent der verfügbaren Betten werden von Covid-Patienten besetzt.

Auf 100'000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in den letzten zwei Wochen 399,22 laborbestätigte Coronavirus-Infektionen gemeldet. Die Reproduktionszahl R, die angibt, wie viele Personen eine infizierte Person im Durchschnitt ansteckt, lag am 13. August bei 1,21. (sda)

Acht Prozent mehr Impfungen innert einer Woche

Impfkadenz Vom 20. August bis 26. August sind in der Schweiz 151'898 Impfdosen gegen Covid-19 verabreicht worden. Damit sind 51,3 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft. Das geht aus den Angaben hervor, die das Bundesamt für Gesundheit gestern auf seiner Website veröffentlichte. Insgesamt wurden seit Beginn der Impfkampagne 9'551'170 Impfungen verabreicht.

4'436'561 Personen haben bisher zwei Impfdosen erhalten, bei 678'048 Personen wurde nur die Erstimpfung vorgenommen. Pro Tag wurden letzte Woche durchschnittlich 21'700 Impfungen durchgeführt. Im Vergleich zur Woche davor stieg die Impfkadenz um 8 Prozent. (sda)